



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Die Treue der Landbevölkerung und das Fehlen einer organisierten Opposition – warum Xi Jinpings Herrschaft die Gesundheitskrise überstehen wird

Grano, Simona Alba

Abstract: Weil die Regierung beim Aufkommen des neuen Coronavirus eklatant versagte, ist in urbanen Kreisen in China Kritik am rigoros autoritären System Xi laut geworden. Doch der «Oberste Führer» sitzt trotz vielen Krisenherden fest im Sattel. Einzelstimmen machen keine Opposition.

Other titles: Warum Xis Regime die Corona-Krise überstehen wird

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-186619>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Grano, Simona Alba. Die Treue der Landbevölkerung und das Fehlen einer organisierten Opposition – warum Xi Jinpings Herrschaft die Gesundheitskrise überstehen wird. In: Neue Zürcher Zeitung, 10 March 2020, 10.



ALEX KÜHNI

FOTO-TABLEAU

Insel im Schatten des Terrors 2/5

Eine zerstörte Tankstelle in Marawi auf der philippinischen Insel Mindanao, aufgenommen vom Berner Fotografen Alex Kühni. Das Bild, sagt er, stehe stellvertretend für die Zerstörung der Häuser dieser Stadt. Am 23. Mai 2017 wurde Marawi von Milizen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) erobert. Zu ihnen gehörten Kämpfer der Maute, einer lokalen Gruppe im Umfeld des IS, sowie Mitglieder der Organisation Abu Sayyaf, die seit 1991 im Süden der Philippinen aktiv ist. Ihr Ziel war es, in Marawi ein Kalifat zu errichten. Insgesamt dauerte der Kampf zwischen den Islamisten und der philippinischen Armee, auch «Schlacht von Marawi» genannt, fünf Monate; er gilt als längste städtische Schlacht in der jüngsten Geschichte des Inselstaates. Mehr als tausend Personen kamen ums Leben. Durch Fliiegerbomben, die die Armee zur Befreiung der Stadt einsetzte, und Sprengsätze, mit denen die Islamisten ganze Strassen durchzogen, wurde die Innenstadt von Marawi weitestgehend zerstört. Die meisten Häuser, Moscheen und Geschäfte sind durch die Einschüsse wie von einem pockennarbigem Muster überzogen. Alle der mehr als 200 000 Einwohner hatten Marawi damals verlassen müssen. Da die Stadt noch heute voller Blindgänger ist, wurde sie zur militärischen Sperrzone erklärt. Für die früheren Einwohner ist an eine Rückkehr nicht zu denken. In den leeren Wohnungen, das hat Kühni beobachtet, vermodern nun ihre Bücher, Matratzen und Möbel.

Treue Landbevölkerung, keine organisierte Opposition

Warum Xis Regime die Corona-Krise überstehen wird

Gastkommentar

von SIMONA GRANO

Xi Jinping hat mehr Macht, aber er hat auch mehr Herausforderungen zu bewältigen als jeder andere Parteichef der Nach-Mao-Ära vor ihm. Dazu gehören die Unruhen im halbautonomen Hongkong, ein schwelender Handelskrieg mit den USA und eine Gesundheitskrise, die das Regime stark unter Druck setzt.

Xi erklomm die Karriereleiter als Provinzbürokrat und entwickelte sich schliesslich zu einem Kompromisskandidaten für den Posten des chinesischen Spitzenführers. Da er keine Machtbasis hatte, gingen die Parteielitesten von der Annahme aus, dass er formbar und leicht zu kontrollieren sei. Diese Prognose stellte sich jedoch als falsch heraus. Xi übernahm 2012 die Macht und war überzeugt, dass die zügellose Korruption in vielen Behörden eine existenzielle Bedrohung für die Partei darstellt. Nur eine ideologische Renaissance in Verbindung mit einem Antikorruptionskreuzzug würde China vor dem Niedergang bewahren. Er verstärkte die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft und die Zensur und stockte seine Bürokratie mit Lakaien auf. Kurz nach der Machtübernahme verkündete er seinen «China-Traum»: eine grosse nationale Verjüngung und die Rückkehr Chinas als «Mittelpunkt der Welt». Heute durchdringt dieser Partei-Eifer die gesamte chinesische Gesellschaft. Mehrere neue staatliche Organe, zuständig für Zensur und Propaganda, wurden in den letzten fünf Jahren geschaffen. Sie stehen mehr oder weniger unter der Kontrolle des Parteichefs.

Die Macht einer App

Wie zu Maos Zeiten müssen heutzutage Zeitungen, Filme und Kunstwerke einer klaren ideologischen Grundlinie folgen und dürfen das politische System Chinas nicht infrage stellen. Das Gleiche gilt für Künstler und ihre Werke. Journalisten werden regelmässig angewiesen, der Leserschaft weniger Information, dafür umso mehr marxistische Ideologie zu vermitteln. Xi hat ausserdem eine personalisierte Applikation für alle 90 Millionen Mitglieder der Kommunistischen Partei zum Herunterladen obligatorisch gemacht, die ein Verzeichnis seiner Reden, mehrere Quiz zu seinem Leben sowie seine politischen Überzeugungen enthält. Für chinesische Journalisten sind die regelmässige Benutzung dieser App und die Teilnahme an den Quiz Voraussetzungen für den Erhalt ihrer Lizenz.

Die Regierung versucht auch, auf die ausländische Berichterstattung über China Einfluss zu nehmen, um den offiziellen chinesischen Standpunkt einzubringen oder ein aus offizieller chinesischer Sicht falsches Bild des Landes zu korrigieren. Zudem kann das Reich der Mitte davon aus-

gehen, dass Staaten, die ein wirtschaftliches Interesse besitzen, eine Art Selbstzensur üben und unkritisch über China berichten aus Furcht, ihre Handels- und politischen Beziehungen zu gefährden. In einer kürzlich ausgestrahlten Sendung über das Reich der Mitte wurde vom ersten Studiogast als Beispiel für Chinas Offenheit angeführt, dass immer mehr junge Chinesinnen und Chinesen um die Welt reisen und dann wieder nach Hause zurückkehren. Dieser Umstand wurde als Hinweis dafür gewertet, dass das Leben in China gar nicht so schlecht sein könne.

Tatsächlich ist es so, dass nicht politisch engagierte Personen durchaus ein ruhiges Leben führen können. China war immer ein autoritärer Staat, aber kein totalitäres Regime, das jeden Aspekt des

Dass China im 20. Jahrhundert gleich mehrere erfolgreiche Revolutionen durchlebte, ist eine Anomalie in der Geschichte des Landes.

Lebens seiner Bürgerinnen und Bürger kontrolliert. Dies könnte sich mit dem Einsatz neuer Überwachungstechnologien allerdings bald ändern.

Auch sollte auf jeden Fall nicht vergessen werden, dass viele Chinesen eigentlich nach China zurückkehren möchten, es aber nicht wagen, weil sie Angst haben, dass die Regierung sie ins Gefängnis stecken würde. Aus Sicht der Regierung sind sie Dissidenten, deren einziges Vergehen allerdings darin besteht, dass sie öffentlich eine Meinung vertreten, die vom offiziellen Standpunkt abweicht.

Der zweite Studiogast berichtete voller Begeisterung über die eigenen Erfahrungen in China als Geschäftsfrau und wunderte sich darüber, dass der Westen stets so chinakritisch ist: «Man hört immer, dass China autoritär sei und dass Zensur herrsche, aber trotzdem konnte Li Wenliang, der Arzt, der als einer der Ersten vor dem neuen Coronavirus gewarnt hatte, sogar online darüber posten!»

Unerwähnt blieb in der Sendung, dass viele andere Blogger oder Regimekritiker wie Fang Bin und Chen Qishi, der Blogger und Anwalt, der in den sozialen Netzwerken über die Proteste in Hongkong und das Coronavirus berichtete, seit den ersten Februarwochen verschwunden sind. Ebenso

wenig wurde darauf hingewiesen, dass die Kommunistische Partei Diskussionen über das Coronavirus keineswegs erlaubt hat. Li Wenliang wurde für seine Posts von den chinesischen Behörden wegen Verbreitung von «Gerüchten» gemassregelt und mit Konsequenzen bedroht. Als sich die Gerüchte über das Coronavirus aber immer weiter verbreiteten und die Zahl der erkrankten Patienten rasant anstieg, blieb dem Regime nichts anderes übrig, als die Berichterstattung dahingehend zu kontrollieren und beeinflussen, dass sie der Partei möglichst wenig schadete. So wird Dr. Li seit seinem Tod als Märtyrer dargestellt und als Held Chinas gefeiert für seine Anstrengungen, die Bevölkerung vor dem Coronavirus zu bewahren. Für das Versagen des Staates werden die lokalen Behörden verantwortlich gemacht. In der am stärksten betroffenen Provinz, Hubei, wurden bereits Hunderte von Beamten entlassen.

Vertrauen in das ferne Peking

Xi zeigt sich auch vermehrt in der Öffentlichkeit und versucht den Eindruck zu vermitteln, dass die Partei um Transparenz bemüht ist. So zum Beispiel mit der Publikation einer parteiinternen Rede in «Qiushi», dem Magazin der Kommunistischen Partei, in der Xi seinen Kampf gegen die Ausbreitung des Virus beschreibt und die Zentralregierung als Helden darstellt, welche die Krise besiegt und die soziale Stabilität wiederhergestellt haben.

Mit dieser Strategie dürfte die Zentralregierung durchaus erfolgreich sein, denn sie geniesst vor allem bei der ländlichen Bevölkerung seit geraumer Zeit ein hohes Ansehen. Der Politikwissenschaftler Lianjiang Li publizierte bereits 2004 einen Artikel über das politische Vertrauen der ländlichen Gebiete in Peking. Er zeigt auf, dass die Bewohner der ländlichen Gebiete grösstenteils davon überzeugt sind, die Zentralregierung auf ihrer Seite zu haben. Im Gegensatz dazu sehen sie die lokalen Behörden oft als korrupt an, als Instanzen, die (zu) hohe Steuern erheben und die Bauern ungerechtfertigt enteignen.

Das Vertrauen in die Zentrale erklärt auch, warum viele Landbewohner zwischen 2003 und 2006, als die Regierung von Hu Jintao und Wen Jiabao neu an der Macht war, nach Peking gereist sind, um bei der Regierung eine Petition einzureichen, die auf ihre Notlage aufmerksam machte. Weil sie jahrelang (vergeblich) auf eine Lösung warten mussten, errichteten die Bauern sogar ein eigenes Dorf mitten in Peking. Bei den Vorbereitungen für die Olympischen Spiele von 2008 wurde dieses niedergeissen, weil es nicht in das perfekte Bild der Metropole passte, das die Zentralregierung der Welt zeigen wollte.

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb die Gesundheitskrise der Zentralregierung wenig anha-

ben dürfte. Trotz der Vielschichtigkeit des zeitgenössischen chinesischen Protests auf nationaler, regionaler oder sogar lokaler Ebene existiert keine organisierte Opposition, sei es eine politische Partei oder eine soziale Bewegung, welche die Führung der Kommunistischen Partei Chinas ernsthaft herausfordert. Im Gegensatz zu den Protestbewegungen im 20. Jahrhundert, als China gleich mehrere Revolutionen erlebte (z. B. die Xinhai-Revolution von 1911, mit der China nach mehr als zweitausend Jahren den Wechsel von einem kaiserlichen zu einem republikanischen System erlebte; Tschiang Kai-Scheks Revolution von 1925 bis 1927; die Revolution von Mao Zedong 1949), verzichteten die Demonstranten heute jedoch darauf, das gesamte politische System infrage zu stellen.

1989, mit der Demokratiebewegung, welche am 4. Juni brutal von der Volksbefreiungsarmee niedergeschlagen wurde, geschah es zum ersten und letzten Mal, dass die Bevölkerung einen politischen Systemwechsel forderte, während die KP an der Macht war. In der Regel richten sich die Proteste gegen lokale Kader, die für eine Vielzahl von Problemen verantwortlich gemacht werden. Solange es der Partei gelingt, die Gesellschaft so zu fragmentieren, dass bevölkerungsgruppenübergreifende und territoriale Koalitionen schwierig sind, ist die Wahrscheinlichkeit einer ernsthaften Herausforderung für die Kommunistische Partei gering. Denn eine erfolgreiche Revolution, also die Veränderung des gesamten politischen Systems, hängt im Wesentlichen davon ab, ob zuvor isolierte Gruppierungen sich mitsamt ihren Anliegen zusammenschliessen können.

Rebellion statt Revolution

Ein Blick auf die jahrtausendealte chinesische Geschichte zeigt zudem, dass Volksunruhen im Reich der Mitte seit je weit verbreitet waren. In der Regel hatten diese zum Ziel, bestimmte Herrscher zu ersetzen (Rebellion), aber nicht das gesamte politische System zu verändern (Revolution). «Revolutionäre Bewegungen richten sich gegen Prinzipien, Rebellionen gegen Männer», schrieb Thomas Taylor Meadows, ein britischer Sinologe. Er stellte in seinem Buch über den Taiping-Aufstand «The Chinese and Their Rebellions» (1856) fest, dass «von allen Nationen, die ein bestimmtes Zivilisationsniveau erreicht haben, die Chinesen die am wenigsten revolutionären, aber dafür die rebellischsten sind». Dass China im 20. Jahrhundert gleich mehrere erfolgreiche Revolutionen durchlebte, ist eher ungewöhnlich und eine Anomalie in der Geschichte des Landes.

Simona Grano ist Privatdozentin für sozialwissenschaftliche Sinologie an der Universität Zürich..